

NIEDERSCHRIFT JFSKA/016/2009

über die Sitzung **des Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschusses der Stadt Billerbeck** am 12.03.2009 im **Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Gabriele Mönning

Ausschussmitglieder:

Herr Bernhard Faltmann

Vertretung für Herrn
Bernhard Kortmann

Herr Franz-Josef Schulze Thier

Frau Birgit Schulze Wierling

Frau Margarete Köhler

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Bernadette Nattler

Frau Stephanie Weitkamp

Herr Karl-Heinz Handwerk

Herr Thomas Walbaum

Sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Frau Nicola Ebel

Vortragender Gast:

Herr Dr. Westermann

zu TOP 1. und 2.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

Herr Martin Böing

Frau Inke Marie Heilmann

Herr Hubertus Messing

Herr Martin Struffert

Frau Birgit Freickmann

bis einschl. TOP 2. ö. S.

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:45 Uhr

Zu Beginn der Sitzung gedenken die Ausschussmitglieder in einer Schweigeminute der Opfer des Amoklaufes in Winnenden.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Volkshochschule

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird Herr Dr. Westermann von der Volkshochschule begrüßt.

Frau Mönning bedankt sich bei Herrn Dr. Westermann, dass er der Einladung zu dieser Sitzung so kurzfristig gefolgt ist und bittet ihn über das Angebot der Volkshochschule speziell in Billerbeck zu berichten. Konkreter Anlass sei die Berichterstattung im Billerbecker Anzeiger gewesen, wonach ein Tastatur-Trainingsprogramm der Kolpingsfamilie auf so große Resonanz gestoßen sei, dass mehrere Kurse angesetzt werden mussten.

Herr Dr. Westermann führt aus, dass es die Volkshochschule in Billerbeck schwer habe, weil sie zwar verdienstvoll, aber im privaten Wohnzimmer der Frau Frohne an der Bahnhofstraße repräsentiert wurde. Deshalb sei er froh, mit dem Verein Interkulturelle Begegnungsprojekte (IBP) eine Vereinbarung getroffen zu haben, wonach die Volkshochschule für die Stadt Billerbeck kostenfrei den Waggon am Bahnhof exklusiv nutzen könne. Dort würden nach Ostern zunächst EDV-Kurse und Notebook-Kurse angeboten. Die technischen Voraussetzungen hierfür seien im Waggon vorhanden. Des Weiteren sollen im Schuppen neben dem Bahnhof Kreativkurse angeboten werden, wie z. B. eine Malwerkstatt Acryl, Zeichenkurse und Drucktechnik. Herr Dr. Westermann betont, dass die VHS nicht nur Lernort, sondern auch ein Ort der sozialen Begegnungen sei.

Weiter berichtet Herr Dr. Westermann, dass Frau Frohne in Billerbeck von 2003 bis 2008 26 Kurse, wie u. a. Englisch-Kurse und Literaturkurse durchgeführt habe. Trotz dieser verdienstvollen Arbeit wolle man nun aus dem privaten Bereich heraus kommen. Die auf Initiative der Kolpingsfamilie stattgefundenen Tastatur-Schreibkurse wolle er nicht verhindern, die VHS biete aber solche Kurse ebenfalls regelmäßig an. Gerne richte die VHS auch von Institutionen und Vereinen gewünschte Kurse aus. So würden z. B. Inhouse-Schulungen für bestimmte Firmen durchgeführt. Herr Dr. Westermann unterstreicht, dass die VHS für Billerbeck zur Verfügung stehe und nun endlich nach 30 Jahren hier Fuß fassen wolle.

Herr Handwerk bringt seine positive Überraschung über die neuen Angebote und Möglichkeiten der VHS in Billerbeck zum Ausdruck. Es sei sicherlich nicht jedermanns Sache, einen Kurs der Volkshochschule in einem privaten Wohnzimmer zu besuchen. Auch könne es nicht sein, dass sich die Stadt Billerbeck mit einem finanziellen Anteil an der Volkshochschule beteilige und die Kursteilnehmer nach Coesfeld fahren müssen, um die Angebote wahrnehmen zu können. Insofern sei es nur zu begrüßen, wenn die VHS nun ein Quartier gefunden habe, in dem sich die Kursteilnehmer wohl fühlen können. Herr Handwerk deutet an, dass dieser Ausschuss sicherlich ein offenes Ohr haben werde, wenn diese Räumlichkeit möglicherweise nicht angenommen wird oder andere räumliche Kapazitäten vorgehalten werden müssen. Abschließend bedankt er sich bei Herrn Dr. Westermann für die aufgezeigte positive Entwicklung.

Auf Nachfrage von Frau Schulze Wierling führt Herr Dr. Westermann aus,

dass das nächste Programm vor den Sommerferien erscheine und die neuen Angebote in Billerbeck in der Zeitung bekannt gegeben würden.

Herr Walbaum begrüßt es außerordentlich, dass es in Billerbeck nun endlich richtig los gehe, weist aber kritisch darauf hin, dass der Waggon als Veranstaltungsort für Rollstuhlfahrer und Senioren nicht optimal sei. Die Räumlichkeiten, in denen Kurse abgehalten werden, sollten barrierefrei zu erreichen sein.

Herr Dr. Westermann weist darauf hin, dass aufgrund der Höhe des Waggons nur mit sehr aufwendigen Mitteln eine Rampe installiert werden könne.

Frau Dirks ergänzt, dass der Waggon nicht der einzige Ort sei, in dem Kurse angeboten werden. Es gebe Alternativen, wie z. B. die Schulen.

Frau Schulze Wierling erkundigt sich, ob die Angebote der VHS in den Veranstaltungskalender der Stadt aufgenommen werden können.

Frau Dirks weist darauf hin, dass hierfür im Veranstaltungskalender kein Platz mehr zur Verfügung stehe. Es könnte aber ein Auszug der Billerbecker Angebote noch einmal separat veröffentlicht werden.

Herr Dr. Westermann stellt die Überlegung an, in der Zeitung „Streiflichter“ auf die Angebote in Billerbeck hinzuweisen.

2. Musikschulen in Billerbeck

Frau Mönning erläutert, dass die Berichterstattung in der Zeitung über die Etablierung einer weiteren Musikschule in Billerbeck Anlass zu diesem Tagesordnungspunkt gewesen sei. Sie sei sehr erstaunt darüber gewesen, dass die Stadt Billerbeck an dieser dritten Musikschule beteiligt sein soll. In diesem Zusammenhang erinnere sie an die hier vor ca. 1 ½ Jahren geführte heftige Diskussion über die Gründung einer zweiten Musikschule mit dem damaligen Initiator Herrn Stahl. Nun wolle sie eine Information der Verwaltung zum Stand der Musikschulen in Billerbeck.

Herr Messing führt aus, dass auch die Verwaltung über die Presse davon erfahren habe, dass sich ein weiterer Verein „Musikzentrum An der Kolvenburg“ gegründet habe. Dieser Verein sei noch nicht eingetragen, habe aber eine Bescheinigung über die vorläufige Anerkennung als gemeinnütziger Verein vorgelegt. Beim Amtsgericht habe er kritisch bzgl. der Bezeichnung „Musikzentrum An der Kolvenburg“ nachgefragt und sich auch die Satzung geben lassen. Durch die Namensgebung werde suggeriert als wenn eine Betriebsstätte An der Kolvenburg vorhanden sei.

Der Verein habe bei der Stadt nachgefragt, ob ihm Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Vereinen, die Kinder- und Jugendarbeit durchführen, dürfe die Möglichkeit des freien Zugangs zu öffentlichen Gebäuden nicht verwehrt werden. Nach Auskunft von Vertretern dieses Vereins würden zurzeit 15 – 20 Schüler unterrichtet. Von dieser dritten Musikschule sei die Verwaltung ebenso überrascht gewesen, wie die Kommunalpolitiker.

Die kommunale Musikschule, deren Verbandsvorsteher Herr Dr. Westermann sei, unterrichte zurzeit in Billerbeck 162 Schüler. Musikalische Früherziehung werde in 7 Kursen angeboten. Des Weiteren gebe es die „Musikschule e. V.“, die sich inzwischen neu aufgestellt habe. Zwischen diesem Verein und der Verbandsmusikschule gebe es Kooperationsgespräche. Der Verein „Musikzentrum An der Kolvenburg“ wolle wohl im Bereich der älteren Kinder tätig werden und Nischen besetzen. Bekannt sei, dass ein Mitglied des Vorstands als Lehrer an der Billerbecker Realschule tätig sei.

Herr Dr. Westermann räumt ein, dass die kommunale Einrichtung Musikschule wohl etwas verpasst haben müsse, wenn sich ein neuer Verein Musikschule auf tue. Offenbar habe die kommunale Einrichtung Bedarfe nicht richtig abgedeckt oder nicht richtig organisiert. Man müsse sich also fragen, wie die kommunale Einrichtung so optimiert werden kann, dass sie für alle Billerbecker attraktiv ist. Die kommunale Musikschule müsse besser werden, damit das Angebot eines Vereines nicht mehr benötigt werde. Im Übrigen seien zwischen der Musikschule e. V. und der Verbandsmusikschule Gespräche geführt und Vereinbarungen getroffen worden.

Frau Mönning stellt heraus, dass hier kritische Fragen gestellt worden seien, als sich die zweite Musikschule etablieren wollte. Dabei sei auch diskutiert worden, wo es im Bereich der Verbandsmusikschule möglicherweise Defizite gebe. Damals sei man so verblieben, dass sich der Verein zunächst etablieren solle und dann evtl. mit der Verbandsmusikschule kooperieren könne. Dieser Ausschuss sei verpflichtet, die städt. Einrichtung zu verteidigen und keine Konkurrenz aufkommen zu lassen. Sie denke, dass das auch gelungen sei. Insofern könne sie es nur begrüßen, wenn inzwischen eine Kooperation stattfinde. Weiteres wichtiges Argument für die Verbandsmusikschule sei, dass dort viele hauptamtliche Lehrkräfte beschäftigt seien, denn man müsse auch hochqualifizierten Musikern Perspektiven bieten und dürfe nicht eine öffentliche Einrichtung, die gefördert wird, nur mit Teilzeitkräften betreiben. Nun müsse man sehen, wie mit der dritten Musikschule umgegangen werde.

Herr Handwerk bekräftigt die Äußerung des Herrn Dr. Westermann, dass dort, wo sich Konkurrenz etabliere, die andere Organisation versagt habe. Er begrüße außerordentlich, dass die Mitglieder der Musikschule e. V. bereit waren, sich auf die kommunale Musikschule zuzubewegen. Schade sei, dass diese Notwendigkeit nicht früher erkannt worden sei. Die dritte Einrichtung könne er nicht einschätzen. Wichtig sei aber, dass die anderen beiden konstruktiv aufeinander zugehen. Dann werde sich das mit der dritten Musikschule sehr schnell erledigen.

Frau Ebel freut sich über den neuen Vorstand der Musikschule e. V. und hofft, dass alles gut wird. Dass es Defizite gegeben habe, sei klar. Sie wisse, dass in der dritten Musikschule einige vertreten seien, die nicht in der zweiten bleiben konnten. Sie bitte dies auszuloten und gegen zu steuern und keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die dritte Musikschule versuche durch ihre Namensgebung Vertrauen zu erwe-

cken, wobei die Bürger überhaupt keinen Durchblick mehr hätten. Außerdem sei die Qualität des Unterrichtes nicht überprüfbar. Die Verbandsmusikschule und die Musikschule e. V. sollten Synergieeffekte nutzen; der dritten Musikschule müsse so weit wie möglich ein Riegel vorgeschoben werden.

Frau Dirks weist darauf hin, dass einem gemeinnützig anerkannten Verein der Zugang zu öffentlichen Gebäuden nicht verwehrt werden könne. Priorität bei der Belegung der Räumlichkeiten habe aber die kommunale Musikschule in Absprache mit der Musikschule e. V.

Herr Schulze Thier betont, dass in der damaligen Sitzung, als sich der Initiator der Musikschule e. V. vorgestellt habe, alle bemüht gewesen seien, Konfrontationen zu vermeiden. Die Verbandsmusikschule sei im Grunde kopflastig gewesen. Der Bedarf für den Unterricht jüngerer Kinder sei vorhanden gewesen, das Angebot habe aber gefehlt.

Frau Köhler sieht die Gefahr des Wildwuchses und bittet die Verwaltung, über die Schritte der dritten Musikschule zu berichten. Im Schul- und Sportausschuss sei angeklungen, dass sich diese dritte Musikschule im Sekundarbereich I betätigen wolle. Sie habe das Gefühl, dass diese versuche, in der Realschule Fuß zu fassen. Die Verwaltung müsse aufpassen, dass keine Vorteilnahme durch die 3. Musikschule erfolgt.

Die Verwaltung könne sich nicht in interne Angelegenheiten der Realschule einmischen, so Frau Dirks.

Herr Dr. Westermann betont, dass die Musikschule e. V. der kommunalen Verbandsmusikschule weh tue. Sie verdiene in dem Bereich Geld, wo viele Kinder von einem Lehrer unterrichtet werden und entziehe damit der Verbandsmusikschule das lukrative Geschäft. Teuer sei dagegen der Einzel- und Zweierunterricht.

Frau Nattler stellt heraus, dass die Musikschule e. V. Fuß fassen konnte, weil sie die musikalische Früherziehung wohnortnah anbiete. Die Zusammenarbeit zwischen der Verbandsmusikschule und der Musikschule e. V. laufe an, die Wogen seien geglättet. Die Eltern wüssten, dass ihre Kinder kontinuierlich unterrichtet würden. Wenn jetzt die dritte Musikschule z. B. Flötenunterricht in der Offenen Ganztagschule (OGS) anbiete, habe sie die Sorge, dass viele Eltern gar nicht mehr wüssten, welche Musikschule ihr Kind eigentlich besuche.

Herr Messing erläutert, dass die Situation mit der OGS erläutert worden sei. Es habe Defizite gegeben und die neue Musikschule sei möglicherweise kooperativer. Die OGS sei aber für Gespräche mit der Verbandsmusikschule offen.

Frau Mönning hält es für problematisch, wenn ein Lehrer der Realschule an der dritten Musikschule beteiligt ist, seinen Unterricht in der Realschule durchführt und Instrumente der Schule nutzt. Da es sich um ein Gebäude der Stadt handele, sei die Möglichkeit der Einflussnahme gege-

ben.

Im Hinblick darauf, dass die musikalische Früherziehung bei der Verbandsmusikschule vernachlässigt wurde, erkundigt sich Frau Ebel wie gegengesteuert werden könne.

Herr Dr. Westermann vermutet, dass die Breitenförderung und Grundausbildung in der Vergangenheit hinten angestanden haben. Es gehe aber nicht um die Beschäftigung von hochqualifizierten Lehrkräften, sondern es gehe um die Kinder, die kontinuierlich unterrichtet werden müssten. Die Verbandsmusikschule sei ein Garant für Beständigkeit.

Frau Mönning stellt fest, dass die dritte Musikschule nach Querelen in der Musikschule e. V. entstanden sei. Das sei nicht die beste Grundlage für eine Musikschule. Sie appelliere an die Verwaltung, legale Wege zu finden und nicht den roten Teppich für die dritte Musikschule auszurollen.

Herr Handwerk stellt den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, Maßnahmen zu ergreifen die Existenz der städt. Musikschule zu sichern und dort wo sich Kooperationen eröffnen diese möglich zu machen.

Nach kurzer Erörterung stimmt der Ausschuss diesem Antrag **einstimmig** zu.

3. Bericht über personelle Situation im Bereich der offenen Jugendarbeit

Frau Inke Marie Heilmann, die mit Wirkung vom 12. Januar 2009 als Sozialarbeiterin im Jugendzentrum tätig ist, stellt sich persönlich vor.

Herr Struffert teilt mit, dass Frau Heilmann insbesondere an den Schulen versuchen wird, die Schüler für die offene Jugendarbeit zu gewinnen.

Herr Handwerk fragt nach, wie die neue Mitarbeiterin in die Organisationsstruktur eingebunden sei.

Herr Struffert führt aus, dass das aus 3 Personen bestehende Team gleichberechtigt sei und sich einmal wöchentlich zusammen setze, um die Jugendarbeit besprechen. Auf eine Hierarchie sei bewusst verzichtet worden.

Auf Nachfrage von Frau Köhler nach der Verantwortung teilt Herr Struffert mit, dass diese beim Team liege, es aber auch Bereiche gebe, die nach Absprache in eigener Verantwortung eines Mitarbeiters übernommen werden.

Herr Schulze Thier erkundigt sich, ob Frau Heilmann auch in der aufsuchenden Jugendarbeit tätig sei.

Frau Heilmann erklärt, dass die aufsuchende Jugendarbeit allein von Herrn Böing wahrgenommen werde. Ihr Schwerpunkt liege in der Netzwerkarbeit, vor allem im Bereich der Hauptschule. Bisher habe sie die

Erfahrung gemacht, dass viele Hauptschüler gar nicht so viel über das Jugendzentrum wüssten. Wenn die Jugendlichen aber bereits Kontakt zu einer Mitarbeiterin gehabt hätten, sei es nicht mehr so schwierig, sich auf neues Terrain zu begeben.

Herr Struffert erläutert, dass Frau Heilmann 24 Stunden im TOT arbeite und darüber hinaus mit einem weiteren Stundenkontingent aus einem anderen Fördertopf an der Schule tätig sei.

Frau Mönning kündigt an, die Arbeit des Teams mit Interesse zu verfolgen. Falls die Zusammenarbeit nicht funktioniere, müsse hierüber in diesem Ausschuss gesprochen werden.

Herr Schulze Thier betont, dass er die Arbeit an der Schule gerade unter den neuesten Ereignissen in Winnenden sehr begrüße.

Frau Mönning unterstützt dies mit dem Hinweis, dass aufgrund der Situation an den Schulen im Grunde die Politik verpflichtet wäre, Vollzeitkräfte für die Sozialarbeit an den Schulen einzustellen.

Frau Köhler begrüßt, dass durch den Fördertopf die Möglichkeit bestehe, den Fuß in die Tür zur Hauptschule zu bekommen und erkundigt sich, ob von diesem Fördertopf auch die Realschule profitieren könne.

Das wird von Frau Dirks mit dem Hinweis verneint, dass die Realschule nicht die Möglichkeit habe die Mittel zu kapitalisieren.

4. Jugendbeteiligung

Frau Dirks erinnert daran, dass die Thematik vor 3 Jahren zum ersten Mal diskutiert worden sei. Herr Böing habe in der letzten Sitzung ein Konzept vorgestellt, das er selber durchführen möchte. Vorgeschlagen werde, mit einem niederschweligen Angebot zu beginnen, die Methodik sei in der Sitzungsvorlage dargelegt. Sie bitte um Verständnis, dass hier zwar der Weg beschlossen werde, dass aber inhaltlich Herr Böing je nach Jahrszeit und Ort bestimmte Details selbst festlegt. Heute sollte entschieden werden, ob man diesen 1. Schritt gehe, wohlwissend, dass man sich danach mit den von den Jugendlichen aufgezeigten Projekten auseinander setzen müsse.

Frau Mönning wirft ein, dass bereits geklärt war, dass eine Zukunftswerkstatt stattfinden soll, fraglich seien nur noch die Gelder hierfür gewesen. Deshalb wolle sie wissen, wie dieser Tag finanziert werde.

Herr Handwerk merkt an, dass in der letzten Sitzung viele Fragen aufgeworfen worden seien, die überdacht werden sollten. Heute spreche er sich dafür aus, der Vorlage zu folgen und anzufangen. Nur so könne man Erfahrungen sammeln und lernen. Konkret wolle er wissen, ob es einen Haushaltsansatz für die Umsetzung des Projekttag gebe.

Herr Struffert teilt mit, dass für Material und Verpflegung der Veranstaltung ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass es aber noch keinen Ansatz für die Projekte gebe, weil man noch nicht wisse, welche Projekte von den Jugendlichen angestoßen werden.

Frau Ebel hält eine qualifizierte Abwicklung der Veranstaltung für wichtig. Sie habe den Eindruck, dass der Ablauf jetzt detaillierter beschrieben ist als in der letzten Sitzung und traue Herrn Böing die Durchführung zu. Jetzt sollte man einfach starten.

Herr Schulze Thier äußert ebenfalls sein Vertrauen in die Arbeit des Herrn Böing. Es sollten nicht so viele Vorgaben gemacht werden, sondern Herr Böing sollte die Veranstaltung selbst entwickeln können.

Frau Nattler befürwortet das Konzept, weist aber darauf hin, dass die Nachhaltigkeit wichtig sei. Außerdem signalisiert sie, dass sie sich einbringen möchte.

Frau Schulze Wierling erkundigt sich, ob im Vorhinein die Jugendlichen über die geplante Zukunftswerkstatt informiert worden seien und wie die Resonanz gewesen sei.

Herr Böing führt aus, dass er bisher noch nicht mit den Jugendlichen über das Angebot gesprochen habe, da er erst das Signal des Ausschusses habe abwarten wolle.

Frau Köhler merkt an, dass bei den Jugendlichen, die sie kenne, Interesse vorhanden sei, diese aber sehr skeptisch seien was die Umsetzung betreffe.

Nach abschließender Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Zukunftswerkstatt Jugend für Jugendliche im Alter von 13 bis 18 Jahren als niederschwelliges für alle zugängliches erstes Angebot der Kinder- und Jugendbeteiligung in Billerbeck durchzuführen. Im zweiten Schritt ist eine solche Veranstaltung für Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren geplant.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Bericht zum Kindergartenplatzbedarf für das Kindergartenjahr 2009/2010

Frau Mönning teilt mit, dass eigentlich Vertreterinnen des Kreisjugendamtes hier ausführen sollten, die Damen aber heute keine Zeit gehabt hätten. Deshalb werde Herr Struffert zum Kindergartenplatzbedarf für das Kindergartenjahr 2009/2010 berichten.

Herr Struffert teilt mit, dass der Kindergartenbedarfsplan gestern in der

Sitzung des Kreistages beschlossen worden sei. Dann erläutert er die in der Sitzungsvorlage dargelegten Zahlen und weist auf eine redaktionelle Änderung beim Kindergarten St. Johann hin. Von den dort geplanten Plätzen mit behinderungsbedingtem Mehraufwand sei nicht ein Platz des Typs III c betroffen, sondern des Typs I c.

Frau Dirks fügt an, dass mittlerweile nicht mehr nur über Ü-3- und U-3-Plätze, sondern auch über U-2-Plätze nachgedacht werden müsse. U-2-Kinder würden bislang im Haus Kunterbunt und der KiBi betreut. In einem Gespräch mit dem Kreisjugendamt sei deutlich gemacht worden, dass zum nächsten Kindergartenjahr eine Gruppe des Typs II für U-2-Kinder eingerichtet werden soll, bei welchem Träger sei noch offen. Zudem sei über Tageselternmodelle gesprochen worden. Die Antwort des Kreisjugendamtes stehe noch aus.

Der Kindergartenbedarfsplan weise für Billerbeck Zahlen auf, die sich sehen lassen können, so Herr Handwerk. Er wolle aber wissen, wie sich die prognostizierte Entwicklung der nächsten Jahre in Bezug auf die vorgehaltenen Kapazitäten darstelle.

Herr Struffert teilt hierzu mit, dass auch im Hinblick auf die steigende Nachfrage nach U-3-Plätzen die Kapazitäten ausreichen, aber nicht überflüssig seien.

Dabei weist er darauf hin, dass das Land nur bestimmte Kontingente an U-3-Plätzen fördere. Deshalb gebe es Grenzen nach oben und die Stadt könne U-3-Plätze nicht selber finanzieren.

6. Mitteilungen

Keine

7. Anfragen

7.1. Glasscheibe im Bereich der Mülltonnen an der Realschule - Frau Köhler

Frau Köhler weist darauf hin, dass im Bereich der Parkplätze an der Realschule, dort wo die Mülltonnen für die Abfuhr bereit gestellt werden, eine Glasscheibe gestanden habe.

Verwaltungsseitig wird Überprüfung und Abhilfe zugesagt.

7.2. Ausstellung zum Familienzentrum Oberlau - Frau Nattler

Frau Nattler weist auf eine Ausstellung zum Familienzentrum Oberlau in der Sparkasse und in der Volksbank hin, wozu sie alle herzlich einlade.

Gabriele Mönning
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann
Schriftführerin